

# Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff  
Rentamt zu Tharandt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: 10 Pf. / Einzelhefte 2 Pf. / Anzeigenpreise: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Inseratepreise: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Abonnementpreise: 1. Vierteljahr 2.50, 2. Halbjahr 4.50, 3. Jahr 8.00. / Druck: Wilsdruff, Druckerei v. W. Schmidt.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das  
sowie für das Forst-

Nr. 268

Mittwoch den 19. November 1919

78. Jahrg.

## Ämtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

Aus dem Kirchenvorstand haben in diesem Jahre die Herren Tischlermeister Birkner, Bürgermeister Kängel, Maschinenarbeiter Scheibe und Apotheker Stadtrat Tzschafkel in Wilsdruff und Herr Gutsbesitzer Jächoke in Sachsdorf, welche wieder wählbar sind, ausgeschieden; wegen Krankheit ausgeschieden ist bereits Herr Gutsbesitzer Runge in Grumbach.

Die Neuwahl soll am 2. Adventsonntage den 7. Dezember 1919 im Sitzungszimmer des Pfarrhauses unmittelbar nach dem Hauptgottesdienste bis nachmittags 1/2 2 Uhr stattfinden. Hiernach sind bei der diesjährigen Kirchenvorstandswahl vier Vertreter aus Wilsdruff zu wählen; es haben darum die Wähler aus Wilsdruff vier Namen, die Wähler aus Grumbach und Sachsdorf nur je einen Namen auf dem bei der Wahl abzugebenden Stimmzettel zu verzeichnen.

Vom 18. November bis mit 4. Dezember liegt die Wählerliste auf dem Pfarramt und Sonntags nach dem Vormittagsgottesdienste auch in der Sakristei öffentlich aus.

Im Kirchenvorstand verbleiben die Herren Deutlermeister Junge, Schuldirektor Thomas, Kaufmann Stadtrat Wehner in Wilsdruff, Privatus Rautenstrauch in Grumbach und Gemeindevorstand Runge in Sachsdorf.

Wir ersuchen die Gemeindeglieder, Männer und Frauen, ihre kirchliche Bestimmung durch rege Beteiligung an der Wahl (7. Dezember) zu betätigen.

Wilsdruff, am 17. November 1919.

Der Kirchenvorstand.  
Pfarrer Wolke, Vorsitzender.

**Brenntorfverkauf.** Freitag den 21. November von 9—12 Uhr  
in der südlichen Ziegelei.

Wilsdruff, am 18. November 1919.

Der Stadtrat — Ortskohlenstelle.

## Eine Niederlage Wilsons im Senat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reichswehrminister hat gegen die Berliner Zeitung „Der Post“ Strafantrag wegen verleumdender Beleidigung des Generals v. Seeck gestellt.

In Groß-Berlin fanden zahlreiche Massenversammlungen statt, in denen die sofortige Freilassung unserer noch in Feindesland befindlichen Kriegsgefangenen gefordert wurde.

Der vormalige deutsche Kaiser hat zum Tode des Erzherzogs von Köln ein Belleidotelegramm an das Domkapitel geschickt.

Die Entente hat ein Ultimatum mit achtstündiger Frist an Rumänien geschickt.

Der amerikanische Senat stimmte dem Vorbehalte bei, der die Monroe Doktrin der Gerichtsbarkeit des Völkerbundes entzieht.

### Das Ende im Baltikum.

Berlin, 17. November. Die Nachricht, daß der Oberst Awalow-Bermondts sich mit seinen Krippen dem deutschen General v. Eberhardts unterstellt hat, bestärkt sich. Der Zustand der Truppen Awalows ist noch unübersichtlich, doch scheint unter ihnen starke Verwirrung zu herrschen. Die westrussische Regierung ist aufgelöst.

Aber Judentum und Koltschal und Denikin ist unerwartet das Ende gekommen — aber auch Oberst Bermondts-Awalow sieht sich plötzlich am Rande seiner Kraft angeht. Nicht nur Riga hat er aufgeben müssen, auch Wilna scheint er bereits zu räumen und vor den nachrückenden Letten ins Litauische auszuweichen. Sein Entschluß, sich mit der ganzen von ihm geführten Armee dem Befehl des deutschen Generals v. Eberhardt zu unterstellen, des Nachfolgers des Grafen v. d. Wolz, bedeutet ebenfalls das Ende einer mit weitgehenden Hoffnungen angelegten militärisch-politischen Aktion, die dazu bestimmt war, den Bolschewismus sozusagen von der Flanke her zu fassen. Er hat sich diesem Griff, mit Hilfe des lettisch-litauischen Widerstandes, geschickt entzogen und darf auf der angrenzenden Linie als Sieger auftreten. Wer der letzte Rückwärtzieher dieser von englischen Schiffsgeschützen herbeigeführten Bewegung der Dinge sein wird, darüber gibt es für jeden Kenner keinen Zweifel.

In Russland ist nun jedenfalls die Bahn frei für Friedensverhandlungen zwischen den Randstaaten und der Sowjetrepublik. Die Westmächte werden kaum noch so weit gehen, um nicht als Dritter in diesem Bunde mitzuwirken zu wollen, und es fragt sich nur, um welchen Preis sie Herr Trotski zu dem Beratungstisch zulassen wird. Sofern bei dem Unternehmen des Fürsten Awalow neben den russisch-nationalen Zielen noch andere politischen außenpolitischer Natur mitspielen, bestanden sie schließlich darin, mit dem deutschen Reich eine unmittelbare Völkerverbindung aufrechtzuerhalten, um wohlverstandenen Nutzen beider Teile, die wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind und bleiben, wie gewaltlos auch die mächtigste Entente mit den beiderseitigen Grenzgebieten umspringen mag. Aber England war von vornherein fest entschlossen, als neue Ostermacht dort oben um Riga und Pskow herum ganze Arbeit zu machen. Es ist jetzt auch hier am Ziel, wie fast überall in der Welt, und fortan wird keine Lonne Getreide, kein Wagnon Eisen, kein Zentner Kohlen zwischen uns und den Russen hin- oder

herwandern, wenn es in London nicht genehm ist. Auch das uns im Osten vorgelagerte Polen hängt ja ganz und gar von der Gnade der Herren in London und Paris ab — die Einkreisung ist also vollkommen, und Edward VII. hat nicht umsonst gelebt und gearbeitet. Nur die Bolschewisten haben noch, wie gesagt, ihr Siegel auf diesen zweiten Pariser Friedensbund zu drücken. Ganz ohne Gegenleistungen werden sie dazu wohl kaum bereit sein. Für die Deutschen aber, die in russische Dienste übergetreten waren, für sie bedeutet der Entschluß des Fürsten Awalow die Rückkehr in die Heimat, deren Tore ihnen seit dem 11. November schon so gut wie verschlossen waren. In diesem Tage war das Ultimatum der Reichsregierung abgelaufen, das sie mit Ausstoßung aus der deutschen Staatszugehörigkeit bedrohte. Man darf hoffen, daß sie auch jetzt noch als reuige Sünder willkommen sein werden, und daß für ihre geordnete Entlassung aus dem Völkerbunde gesorgt werden wird.

### Amerika und der Frieden.

Niederlage Wilsons.

Im Hinblick auf den Antrag, die Debatte über den Friedensvertrag zu schließen, nahm der Senat zehn von den einschneidenden Vorbehalten zum Friedensvertrag des Senators Lodge an und verworfen nur zwei Vorbehalte. Die angenommenen Vorbehalte beziehen sich auf das Recht der Vereinigten Staaten, ihre Klagen zu steigern, ohne die Einwilligung des Völkerbundes. Wenn der Friedensvertrag nicht angenommen werden sollte, will Senator Snog eine Entschädigung einbringen, wonach der Friedenszustand mit Deutschland erklärt werden soll. Die Vereinigten Staaten würden danach mit Deutschland einen Sonderfrieden schließen.

In den Verhandlungen erklärte Senator Lodge, daß die Vereinigten Staaten keine Verpflichtung irgendwelcher Art auf sich nehmen, die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Landes zu schützen oder bei Zwistigkeiten zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Völkerbundes zu intervenieren. Weiterhin können in diesem Falle die militärischen Streitkräfte sowohl zu Wasser wie zu Lande ohne die vorherige Zustimmung des Kongresses nicht verwendet werden, der allein die Vollmacht hat, den Krieg zu erklären. Zum erstenmal seit seinem Bestehen hat der amerikanische Senat nun Gebrauch gemacht von der Geschäftsordnungsbestimmung, welche für jeden Redner die Redezeit auf eine Stunde beschränkt. Man hofft, daß vermöge dieser Maßnahme der Senat anfangs nächster Woche zur endgültigen Abstimmung über den Friedensvertrag wird schreiten können. Der Senat hat die Vorbehalte angenommen, des Inhalts, daß die Vereinigten Staaten kein Mandat annehmen werden ohne die Intervention der Regierung, daß sie die höchste Gewalt über die nationalen Angelegenheiten behalten will, und daß die Monroe Doktrin in Kraft bleiben solle. Der Senat nahm ebenfalls den Vorbehalt betreffend Schantung an.

### Zwiespalt im Untersuchungsausschuß.

Abg. Warmuth legt den Vorschlag nieder.  
(Wöhlher Tag.)  
Der Vorsitzende Abg. Warmuth eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, daß bei der Veridiktur über die Er-

tüfung des Ausschusses vom gestrigen Tage ein Irrtum unterlaufen sei. Es muß heißen: Vertretende von Nichtmitgliedern des Ausschusses sind für den Ausschuss nicht maßgebend. Zu den Mitteilungen Dr. Davids über Interventionen, Versuche einer neutralen Macht stellt der Vorsitzende fest, daß die Verhandlungen darüber in gebotener Eile noch keineswegs abgeschlossen seien. Hieran wandte sich der Vorsitzende an den Staatssekretär Dr. Helfferich mit dem Ersuchen um neue Aufklärungen über seine veränderte Stellungnahme zum rüchichtslosen U-Boot-Krieg.

Dr. Helfferich antwortet: Es handelte sich um eine taktische Frage. Auch Gothein und Struve haben sich für den beileugneten Bau von U-Booten ausgesprochen. Heute seien diese Herren aber eine prinzipielle Gegner. Für mich war wesentlich mitbestimmend die Antwort der Entente, durch die die Friedensstürme schallend ins Schloß erwidert wurde. Ferner hatte die Oberste Seeresektion erklärt, daß sie die Verantwortung für die weitere Fortsetzung der Kriegsoperationen nicht übernehmen könne, wenn nicht unterer schwer bedrängten Westfront durch den U-Boot-Krieg Erleichterung verschafft werde.

Wir standen einer militärischen Zwangslage gegenüber.

Sollte da der Reichskanzler oder ich es darauf ankommen lassen, das Hindenburg und Ludendorff erklären: Wenn man uns die Mittel nicht bewilligt, die wir brauchen, und politische Gesichtspunkte höher einschätzt, dann müssen wir erklären, daß wir nicht mehr mitziehen? Der Junge ist schon damals skeptisch gewesen, kann aber Bestimmtes unter seinem Eide über die Bereitwilligkeit Wilsons zur Friedensvermittlung nicht auslagern. Wilsons Senatsvollmacht habe seine Ansicht bestätigt. Nach einigen Bemerkungen zwischen Helfferich und Bernstorff über die Stimmung in Amerika kommt die Rede auf die Damaligen.

Mitteilungen Lausings an die Presse.

Graf Bernstorff bemerkt: Langsam mühte ich mich etwa 20 Journalisten Rede und Antwort sieben. Er erklärte ihnen am Nachmittag der ersten Wilsonschen Friedensnote etwa, daß die Rechte der Vereinigten Staaten so sehr von den kriegsführenden Mächten beeinträchtigt würden, daß eine Kriegsfahrt entstehen könnte. Seine Äußerung, die Vereinigten Staaten ständen am Rande des Krieges, soll Wilson zu Ohren gekommen sein, und er hat Lausung veranlaßt, diese Äußerung zu dementieren.

Professor Bonn weist darauf hin, daß Wilson zu jener Zeit als Agent Deutschlands in Amerika hingestellt worden sei. Als weiter auf diese Erinnerungen eingegangen werden soll, sagt der Abg. Dr. Straßheimer: Dem Jungen wurde das Wort erteilt, damit er uns die Gründe für den Wechsel seines Standpunktes vom 9. Januar bis zum 31. Januar mitteilen solle. Ich bitte, alles wegzulassen, was sich hierauf nicht bezieht. — Vorsitzender Abg. Warmuth: Damit scheint abermals eine Aussprache zur Geschäftsordnung angeregt zu werden. Ich habe mit vollem Vorbedacht die Frage gestellt, welche Stimmung zu der kritischen Zeit in Amerika geherrscht hat, weil ich daraus Rückschlüsse ziehen wollte hinsichtlich der Auffassung Helfferichs von der Sache. Deshalb gehört diese Frage zur Sache. Im übrigen würde ich mich nicht scheuen, da ich die Befragung Helfferichs heute abschließen möchte, von diesem eng begrenzten Thema auch abzuweichen.

Helfferich gegen Cohn.

Als im weiteren Verlauf der Unterhaltung, wobei auch die Verhaftung des Generalkonsuls Bing durch die amerikanischen Behörden behandelt wird, Abg. Dr. Cohn fragt, ob Dr. Helfferich erwartet habe, die amerikanischen Behörden würden eine ihnen bekannt gewordene Übertretung glittiger Gesetze nicht verfolgen, bemerkt Dr. Helfferich: Ich habe bisher noch niemals Fragen Dr. Cohns direkt beantwortet und bitte, mich davon auch weiterhin zu befreien. (Entrüstung bei den Ausschussmitgliedern.)

Zeichne mit 500 Mark bar  
und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe